

1926, aldhorn"

pend

ungen

Ingehörigen eingeladen.

ster

ehen

enzen

toerei.

erk

detail

te Preise!

arkt.

er

ehlt

liner

kuchen,

Liköre

k, Rum

unsch-

enzen

aehs

orei

neuer J. Duaf.

olgen in

in unter

r. Herzog

"Able"

angen

iert

att, Friseur.

chne im Auf-

30. — zu ver-

Wforzheim,

ähmächigen-

lung.

ers

ngitur

he, die zu viel

aufnehmen:

lage:

ue Apotheke,

o Apotheke.

Gewinn!

**Erscheinungsweise:**  
Täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

**Anzeigenpreis:**  
a) im Anzeigentell.  
Die Seite . . . 15 Goldpfennige  
Familienanzeigen . . . Goldpfennige  
b) im Reklameteil.  
Die Seite . . . 50 Goldpfennige

Ruf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag.

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden.

Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.



**Calmer Calwblatt**

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

**Bezugspreis:**  
In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn.  
Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld.

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Geneprescher Nr. 9.

Verantwortliche Schriftleitung:  
Friedrich Hans Scheel.  
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 305

Donnerstag, den 31. Dezember 1925.

99. Jahrgang

## Württemberg im Jahr 1925.

### Ein politischer und wirtschaftlicher Rückblick.

Es ist dem Rückblickenden ein seltsames Jahr: am Anfang politisch trüb, doch wirtschaftlich scheinbar gesund, am Ende politisch freundlicher aussehend, doch wirtschaftlich umso trüber. Wirtschaftliche Zusammenbrüche und Konkurse — die zum Teil, wie der der Wittmann-Bank, auch Stadtverwaltungen mittreffen — in immer sich mehrender Zahl, steigende Arbeitslosigkeit (1. Juli in Württemberg nur 356, Mitte Dezember 14 900), industrielle Ueberproduktion in der ganzen Welt und infolge davon auch bei uns Absatzkrise und Knappheit an Zahlungsmitteln, Betriebsstilllegungen und -Einschränkungen; am stärksten bei unserer Metallindustrie.

Die staatliche Wirtschaft beginnt an ihren Finanzen, die etwa seit Oktober einsehende und rasch sich steigende Krise freilich gerade jetzt erst zu spüren. Im Ganzen sieht die Entwicklung unserer Einnahmen noch unter dem Einfluss der äußerlich gesunden Wirtschaftslage der ersten drei Viertel des Jahres. Ueber 9 Mill. Mark Abmangel, mit denen der am 27. Februar 1925 erst angenommene Etat für 1924 bei Sparmaßnahmen Wirtschaft rechnungsmäßig abschloß, erledigten sich durch die besseren Einnahmen, besonders aus den Steuerüberweisungen vom Reich; und der neue Haushalt, der am 23. Juli abgeschlossen wurde, konnte, obwohl sich nun die neue Regelung der Beamtenbesoldung auswirkte, fast ohne rechnungsmäßigen Abmangel laufen. Tatsächlich konnten in Dezember schon über 3 Millionen Mark Bautosen für die Fortsetzung des Redaktionsbaus aus den Mehreinnahmen zugesprochen werden. Es ist dem Finanzminister Dr. Dehlinger nicht zu bestreiten, daß er, wenn auch mit harten Mitteln, die staatlichen Finanzen über schwere Monate in Ordnung gehalten hat. Diese Fragen stellen der Regierung und dem Landtag die wichtigsten Aufgaben. Außer den beiden Sitzungen vom 27. Januar bis 27. Februar und vom 30. Juni bis 23. Juli war der Landtag nur zu einzelnen ganz kurzen Tagungen beisammen; im April wurde in zwei Sitzungen die Aenderung des Landessteuergesetzes mit Erhöhung der Gewerbesteuer beraten, im Mai das neue Besoldungsgesetz und das Gesetz über die Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerkammern; Ende November und Mitte Dezember kam noch die Beratung des Bauhandwerkersgesetzes, des zweiten Landessteuergesetzes und am 19. Dezember schließlich die Annahme der 3 Mill. Mark Bautosen für den Redaktionsbau, der nun in 11 Jahren wenigstens bis Heilbronn durchgeführt werden soll. Eine württembergische Staustufe, die bei Neckarsulm, ist im Laufe des Jahres fertiggestellt und am 26. September in Anwesenheit des Landtags eingeweiht worden.

Eben diese Kanalbewilligung brachte noch eine bezeichnende parlamentarische Krise darüber, daß die Sozialdemokratie, die alte Kanalpartei, plötzlich aus formaler Oppositionsfront die Zustimmung zu der Forderung der Regierung verweigerte, der auch die alten Kanalgegner im Bauernbund immer noch nicht zustimmen zu können glaubten. Die Krise ging vorbei, wie alle Krisen des Jahres. Das Ministerium Bazille und die Regierungskoalition zwischen Zentrum, Bauernbund und Würt-

gerpartei haben das Jahr ohne ernste Gefährdung überstanden, da sie unter sich immer wieder die Verständigung gefunden haben. Selbst die Frage, die die sämtlichen anderen Parteien zu geschlossenem Widerstand vereinigten, die Aufhebung von 7,8 Mill. Mark Schulkosten auf die Gemeinden zum Ausgleich für die dem Staat ungünstigere Regelung des sogenannten Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden seit 1. April 1925, wurde mit 36 gegen 33 Stimmen für die Regierung entschieden. Hart umstritten war bei der ersten Etatberatung im Februar die Frage der Einführung des Hochschulstudiums der Volksschullehrer (pädagogische Akademien), die von der Regierung hinausgeschoben worden ist; ferner das Maß der für den Wohnungsbau auszuwerfenden Mittel, wo die Regierung bei Besserung der Einnahmen später mehr Entgegenkommen üben konnte. Auch die Reichspolitik, die wiederholt die würt. Regierungsparteien in scharfer Opposition zu einander brachte, hat ihr Verhältnis bei uns nicht weiter beeinträchtigt, weder die Reichspräsidentenwahl am 29. März und 26. April, die im zweiten Wahlgang Hindenburg beinahe bis zur Stimmzahl der Märzpartei heranbrachte (544 122 gegen 587 961), noch die Außenpolitik mit dem Locarnovertrag, der zu einem Nachspiel im Landtag führte und den Staatspräsidenten nicht gerade im Licht besonderer Folgerichtigkeit zeigte.

Die Verarmung hatten mehr und mehr auch Kirchen und Gemeinden zu spüren. Der am 15. Februar neugewählte evangelische Landestag mußte eine Landestirchenersteuer ausprechen, die 2,75 Millionen M aufbringen soll; in den Gemeinden mußten die Umlagen auf das höchste, noch erträgliche Maß oder gar schon darüber hinaus erhöht werden. Die Städte mußten eine amerikanische Anleihe suchen, die nach langen Bemühungen unter beengenden Voraussetzungen zustande kam, und ließen sich durch ihre Not in eine vielleicht über das Ziel hinausgehende Opposition zur Regierung hineinziehen. Die Gemeindevahlen im Dezember brachten keine wesentlichen Änderungen, wenn auch der Parteistand im Einzelnen, wie in Stuttgart, sich nuerheblich wechselte. Am stärksten aber kam die Verarmung zum Ausdruck bei Verlauf und Abrechnung verschiedener von den zahlreichen großen Veranlassungen des Sommers, besonders in Stuttgart. Da war ja ein großer Kunst- und Kongressommer in Szene gesetzt, von dem man einen erstreckenden Geldstrom und Verehrer erwartete. Aber es gab, so bedeutsam auch die einzelnen Tagungen verließen — Einweihung des neuen Heims des Deutschen Auslandsinstituts, Tagung der Gesellschaft für Völkerrecht, der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Deutscher Katholikentag — so interessant die Ausstellungen waren, die unter dem Sammelnamen „Das Schwäbische Land“ in Stuttgart zu sehen waren, Enttäuschungen und Abmangel. Daß unsere Wirtschaft trotzdem den Glauben an die Zukunft nicht verloren hat, kam bei den Gedenkfeiern der würt. Handels- u. Handwerkskammern an ihr 25jähriges Bestehen und bei der Einweihung des neuen Stuttgarter Reichsbankgebäudes Anfang Dezember zum Ausdruck. Die letztere Feier führte den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht nach Stuttgart, am 11. November machte Hindenburg als Reichspräsident seinen Besuch; im Laufe des Jahres waren auch Dr. Luther als Reichskanzler, Jarres, Stresemann, Geßler und andere Reichsminister in Stuttgart gewesen.

Möge die außenpolitische Erleichterung durch das Abkommen von Locarno auch die wirtschaftliche Spannung bald erleichtern, daß das neue Jahr unsere allmähliche Wiedergeburt auf beiden Gebieten fördere!

## Hochwasserkatastrophe im Rheinland.

### Weiteres Steigen der Fluten.

Am Köln, 31. Dez. Der Rhein ist auch im Laufe des gestrigen Nachmittags andauernd gestiegen. Um 4 Uhr betrug der Pegelstand in R 5 in 8,10, um 8 Uhr abends 8,25 Meter. Das Wasser steigt stündlich um vier Ztm. In Koblenz war der Rhein auf 7,94 gegenüber 7,61 Meter um 10 Uhr vormittags gestiegen. In Düsseldorf hat das Hochwasser Teile der im Bau befindlichen Gesolei-Ausstellungsgebäude überflutet und am Spätnachmittag einen Stand von 7,2 Mtr. erreicht. Mit einem weiteren Steigen muß gerechnet werden. In Duisburg mußten die Schleusentore des Parallelhafens geschlossen werden. Am Marienort werden Notschleusen gebaut. Da man damit rechnet, daß der Fluß über die Ufer tritt. Von den Anlagen der Rheinallee ragen nur noch die Baumkronen aus dem Wasser. Der Hafen Hamborn-Alsum ist vollständig überschwemmt. Auch von den Nebenflüssen liegen Meldungen über starkes Steigen des Wassers infolge anhaltender Niederschläge vor. So betrug in Frankfurt der Pegelstand des Mains gestern 4,25 gegen 3,80 Meter am Vortag. Im Inland des Frankfurter Altstabsgebietes ist das Wasser bereits über das Ufer getreten und hat in den tiefer gelegenen Straßen um den Dom die Keller mit Wasser überschwemmt. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs sind auf der Frankfurter Seite vom eisernen Steg aus hölzerne Notstege geschlagen worden. Auch aus der Umgegend wird ein Steigen des Mains gemeldet. Auf der Strecke Hanau-Wehra mußte der Bahnhof Wertheim wegen Hochwasser gesperrt werden. Von den Nebenflüssen des Mains haben die Bibba und die Kinzig ihren Höchststand erreicht. Die Niederrun-

gen sind weithin überschwemmt. Von den Behörden wurden allerorts umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Das Hochwasser der Wupper ist in den letzten Stunden so gestiegen, daß die von Elberfeld nach Barmen führende Hauptverkehrsstraße an vielen Stellen unter Wasser steht. Das Wasser steigt zurzeit noch stündlich um 5 bis 7 Ztm. Im Ober-Sauerland ist durch die anhaltenden Niederschläge der letzten Tage der Schnee auch in den höchst gelegenen Berggipfeln geschmolzen, wodurch ein erhebliches Steigen der Ruhr verursacht wurde. Die tiefer gelegenen Täler und Ortschaften des Ober-Sauerlandes sind vielfach überschwemmt. Durch das Hochwasser der Saar, das in den Abendstunden den Stand von 5,80 Meter erreicht hat, sind bereits große Schäden und viele Störungen verursacht worden. Im Kreise Herzog sind viele Ortschaften vollständig von der Eisenbahn abgeschnitten. Bei Hilbringen ist eine Böschung abgerutscht. Beim Bahnhof Beddingen auf der Strecke Saarbrücken-Trier-R 5 in stürzte eine große Felsmasse herab und verschüttete ein Gleis. Der Betrieb muß zur Stunde eingeleistet aufrecht erhalten werden.

### Das Hochwasser in Hagen.

Am Hagen, 31. Dez. Das Hochwasser der Volme nimmt immer bedrohlichere Formen an. Obwohl der bisherige höchste Wasserstand vom Jahre 1890 bereits erheblich überschritten ist, steigt das Wasser infolge des anhaltenden strömenden Regens stündlich um mehrere Zentimeter. Einige Brücken in der Stadt werden schon von den Fluten überspült und sind stark gefährdet. In Hagen stehen die Häuser zu beiden Seiten der Volme bereits zu einem großen Teil unter Wasser. In den späten Nachmittagsstunden drang das Wasser zu die beiden

## Tages-Spiegel.

Aus dem Rheinland, aus Bremen, Thüringen und Bayern wird beständig steigendes Hochwasser gemeldet, welches am Rhein bereits einen katastrophalen Umfang angenommen hat.

Die britischen Militärbehörden haben gestern offiziell ihr Hauptquartier von Köln nach Wiesbaden verlegt.

In einem Communiqué über die Zusammenkunft Mussolini-Chamberlain wird die völlige englisch-italienische Uebereinstimmung in allen wichtigen Fragen festgestellt.

In der französischen Kammer wurde gestern von den Linkstepolitikern scharfe Kritik an der Marokkopolitik der Regierung geübt. Die Marokkotreue wurden angenommen.

Der chinesische Heerführer Tchangschin ist im Begriff, Feingung anzugreifen. Es ist bereits zu Zusammenstößen zwischen den beiderseitigen Truppen gekommen.

Zunels des Hauptbahnhofes ein. Für den Fall, daß das Wasser der Volme in dem bisherigen Tempo weitersteigt, besteht ernste Gefahr, daß morgen der gesamte Eisenbahnverkehr von Hagen nach Essen, Dortmund, Schwerte und Alena zum Erliegen kommt. Der Fernsprechverkehr von Hagen nach dem Industriegebiet ist gestört, da die meisten Fernsprechkabel unter Wasser liegen und unbrauchbar geworden sind.

### Bewüstungen in der Bremerörde Niederung.

Stade, 31. Dez. Katastrophal wirkt sich das Hochwasser bei Bremerörde aus. Die ganze Niederung unterhalb Bremerörde bildet einen großen See. Die Bewohner mußten ihre Häuser verlassen. Rettungsarbeiten werden von der Technischen Nothilfe ausgeführt. Auch im Mündungsgebiet der Oke hat das Hochwasser große Bewüstungen angerichtet. Vielfach sind die Wohnstätten völlig von der Außenwelt abgeschlossen. Eine Mühle in Altenbruch an der Untereibe ist durch einen orkanartigen Nordweststurm aus dem Zapfen gehoben und am Boden zertrümmert worden.

### Für Reichshilfe im überschwemmten Gebiet.

Berlin, 31. Dez. Im Reichstag hat der demokratische Abgeordnete Erlenz einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, Mittel bereitzustellen, um die durch die Überschwemmung angerichteten Schäden so weit als möglich zu vermindern.

## Die Zusammenkunft Mussolini-Chamberlain.

Die amtliche Mitteilung über die Zusammenkunft Chamberlain-Mussolini.

Am London, 31. Dez. Ueber die Zusammenkunft Chamberlain mit Mussolini in Rapallo ist folgende amtliche Mitteilung ausgegeben worden:

Oggleich der Aufenthalt des britischen Außenministers in Italien nicht mit politischen Absichten verbunden ist, ist so eine Gelegenheit zur Zusammenkunft beider Staatsmänner gegeben worden, in der sie ihre Ansichten über die wichtigsten Fragen der Gegenwart austauschen konnten. Die lange Besprechung, die auch während des Mittagessens fortgesetzt wurde, zeichnete sich durch besondere Herzlichkeit aus. Aus der gemeinsamen Uebersprüfung der schwebenden internationalen Fragen hat sich die Möglichkeit ergeben, die wirksame Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten fortzusetzen, die darauf gerichtet ist, die verschiedenen Interessen miteinander in Einklang zu bringen und den Frieden Europas zu sichern.

### Englisch-italienisches Bündnis gegen Ungarn?

Am Berlin, 31. Dez. Der Lokalanzeiger meldet aus London, Aus gut unterrichteter Quelle verlautet, daß in der Hauptfrage zwischen den beiden Staatsmännern die Frage besprochen wurde, in welcher Weise, unter welchen Bedingungen und mit welchen Aussichten sich Italien gemeinsam mit England an einer Aktion gegen die Türkei beteiligen würde, falls die türkische Regierung die Entscheidung des Völkerbundes in der Mosulfrage ablehnen sollte. Man rechnet allerdings nicht damit, daß die Türkei sich gegen den Völkerbund auflehnen werde. Auf jeden Fall aber soll Chamberlain mit Mussolini alle Möglichkeiten besprochen und sich der Unterstützung Italiens bei einer etwaigen militärischen Aktion gegen die Türkei vergewissern haben. Man spricht sogar davon, daß sich Italien in einem solchen Fall durch eine Befehung mehrerer kleinasiatischer Inseln und eines Teiles des kleinasiatischen Festlandes schadlos halten würde.

### Am die Balkan-Koalition.

Am Mailand, 31. Dez. Die jugoslawische Agentur Avola bemerkt die Meldung, daß der türkische Außenminister Rudny Bey während seiner Belgrader Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung über eine Balkan-Koalition gesprochen oder Blane Lichtschertins unterbreitet habe. Demgegenüber hält der Belgrader Korrespondent des Corriere della Sera auf Grund von Informationen eines hochstehenden Diplomaten daran fest, daß gerade Rußland auf dem Wege über die Türkei eine Annäherung und eventuell ein Bündnis der Balkanstaaten anstrebe als Gegengewicht gegen den Westen. Sowjetrußland habe Angora in schwierigen Situationen immer mit Geld, Waffen und Munition unterstützt. Alles hänge jetzt davon ab, was der Westen gegen den Osten unternehme.

## kleine politische Nachrichten.

Eine Abordnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie beim Reichspräsidenten. Der Herr Reichspräsident empfing vorgestern vormittag eine Abordnung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und nahm ihren Bericht über die gegenwärtige Notlage der deutschen Industrie, ihre einzelnen Zweige und die einzelnen Industriegebiete entgegen.

**Billige Einfuhrfreiheit zwischen Schweiz und Deutschland.** In den deutsch-schweizerischen Vereinbarungen über den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen hatten sich die beiden Staaten die weitere Aufrechterhaltung einiger Einfuhrbeschränkungen vorbehalten. Mit dem 31. Dezember 1925 fallen auch diese Einfuhrverbote fort. Die betreffende Verordnung wird im Reichsanzeiger erscheinen.

**Beitritt Deutschlands zum China-Abkommen von 1922.** Die deutsche Regierung ist vorbehaltlich der Ratifikation dem Washingtoner Vertrag von 1922 über die Grundsätze und die Politikk, die in Angelegenheiten betreffend China zu befolgen sind, beigetreten.

**Die italienische Faustherrschaft in Südtirol.** In Südtirol waren in der Carabinieri-Kanzlei von unbekanntem Täter die Fenster eingeworfen worden. Ungefähr ein Dutzend Personen wurden daraufhin verhaftet und in Ketten nach Klausen geführt, unter ihnen der Wirt Profanter, der zu der Tat aufgefordert haben sollte. Bei der Vernehmung wurde Profanter von der Carabinieri berartig mit Fäusten geschlagen, daß er auf der Straße bewusstlos zusammenbrach, zeitweilig das Gehör verlor und auf einem Auge nichts mehr sah.

**Ausbau des Londoner Luftverteidigungsdienstes.** Das Luftfahrtministerium hat den Flughafen von Hemborn bei London für 600 000 Pfund Sterling angekauft. Es beabsichtigt, am 1. Januar die Basis für den Londoner Luftverteidigungsdienst zu errichten.

**Ausländischer Protest gegen das estnische Enteignungsgesetz.** Die Regierungen von Deutschland, England, Italien und Finnland haben Verbalmoten an die estnische Regierung gerichtet, in der gegen die geringe Entschädigung von enteigneten ausländischem Landbesitz, wie sie im Entschädigungsgesetz vorgesehen ist, Protest erhoben wird.

**Bulgarien ohne Militärkontrolle.** Nach einer Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur haben die Vertreter der Großmächte dem bulgarischen Ministerpräsidenten folgendes mitgeteilt: Die Botschafterkonferenz hat beschlossen, die mit der Militärkontrolle in Bulgarien beauftragten Organe abzuberufen, da Bulgarien alle militärischen Bestimmungen des Vertrages von Neuilly erfüllt hat.

**Beginn der englisch-türkischen Verhandlungen.** Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, hatte vorgestern der türkische Außenminister eine längere Unterredung mit dem britischen Botschafter. Sie wird in politischen Kreisen als Auftakt zu den bevorstehenden Moskauverhandlungen angesehen.

**Kemal Pascha reist nach Moskau.** Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, beabsichtigt Kemal Pascha Russland zu besuchen, um mit Tschitscherin die politische Lage zu besprechen. Der Besuch wird wahrscheinlich im Sommer stattfinden.

**Einpruch Chinas gegen die Besetzung Mulsens.** Der chinesische Außenminister hat bei dem Vertreter des diplomatischen Korps gegen die Anwesenheit der Japaner in Mulsen Einspruch erhoben.

## Die Sekretariatsposten im Völkerbund.

Zu Berlin, 30. Dez. Halbamtlich wird mitgeteilt: Im Anschluß an die Presseerörterungen über die Besetzung des Sekretariatsposten im Völkerbund bei dem Eintritt Deutschlands richteten sozialdemokratische Blätter an das Auswärtige Amt die Aufforderung, seinerseits zu den in der Presse aufgestellten Behauptungen Stellung zu nehmen. Dem Auswärtigen Amt ist über die fragliche Angelegenheit folgendes bekannt geworden:

Der deutsche Generalkonsul in Genf berichtete kürzlich, nicht in Verantwortung einer Anfrage des Auswärtigen Amtes, sondern auf Grund einer ihm zuteil gewordenen Mitteilung, es sei ihm von maßgebender Seite im Generalsekretariat des Völkerbundes eröffnet worden, daß man dort Kenntnis davon erhalten habe, verschiedene politische Parteien in Deutschland hätten Kandidatenlisten für die deutsche Beteiligung im Sekretariat aufgestellt. Diese Nachricht habe in Genf stark beunruhigt, da sie für eine unrichtige Einstellung gewisser deutscher Kreise in Bezug auf die Anstellungsfrage spreche, die zu schwierigen Lagen für alle Beteiligten führen könne. Die deutsche Beteiligung am Generalsekretariat müsse, so würde von maßgebender Seite betont, in Fühlungnahme mit der Reichsregierung geregelt werden. Eine Veröffentlichung des aus Genf an das Auswärtige Amt gerichteten Telegramms oder eine Mitteilung an die Presse aus seinem Inhalt ist seitens des Auswärtigen Amtes nicht erfolgt. Im übrigen haben Verhandlungen über Personenfragen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Generalsekretariat des Völkerbundes noch nicht stattgefunden.

### Zur Frage der Bewerbungen.

Zu Berlin, 30. Dez. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat der Reichsaussenminister Dr. Stresemann dem Chefredakteur des Vorwärts, Reichstagsabgeordneten Stämpfer, folgende Erklärung zur Veröffentlichung übersandt:

Unter Bezugnahme auf die an das Auswärtige Amt gerichteten Fragen ist zu erwidern, daß die dem Auswärtigen Amt bekannt gewordenen Tatsachen in der Auslassung des Auswärtigen Amtes veröffentlicht worden sind. Ueber einen Schritt der Sozialdemokratischen Partei beim Völkerbundssekretariat ist dem Auswärtigen Amt nichts bekannt. Ueber einen derartigen Schritt sind infolgedessen auch keine Informationen durch das Auswärtige Amt an die Presse gegeben worden.

## Schlichtungsverhandlungen bei der Reichsbahn.

Zu Berlin, 30. Dez. Da die direkten Lohnverhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Vertretern der Tarifgewerkschaften, die kürzlich stattfanden, zu keiner Einigung über die von dem Personal geforderte allgemeine Lohnerhöhung geführt haben, wurde von den Gewerkschaften das Reichsarbeitsministerium um Einlei-

tung von Schlichtungsverhandlungen ersucht. Diese Verhandlungen, die aus technischen Gründen nicht mehr vor dem Weihnachtstag beginnen konnten, nahmen gestern vormittag im Reichsarbeitsministerium unter Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Dr. Müllin ihren Anfang. Zunächst legten die Vertreter beider Parteien zur Information des Schlichters ihre Forderungen dar.

Der gefällte

### Schiedspruch

hat etwa folgenden Inhalt: Mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab erhalten die Reichsbahnarbeiter vom 24. Lebensjahr ab eine Lohnerhöhung und zwar die Lohngruppen 1 bis 5 einen Pfennig, die Lohngruppen 6 bis 7 zwei Pfennig pro Stunde. Diese Löhne gelten bis zum 30. April 1926. Die bisher in Krankheitsfällen gezahlten sozialen Zulagen fallen vom 1. Januar 1926 ab weg. Der Deutschen Reichsbahngesellschaft wird aufgegeben, im Benehmen mit den Vertragspartnern, die Lohnzulagen nachzuprüfen und, soweit erforderlich, mit Wirkung vom 1. Januar 1926 ab neu festzusetzen. Als Erklärungsfrist wurde der 12. Januar angesetzt.

## Dr. Eckener gegen die preußische Regierung.

Stuttgart, 30. Dez. In der gestern im Hause des Deutschtums stattgefundenen Sitzung, über welche wir schon in der gestrigen Ausgabe kurz berichtet konnten, machte Dr. Eckener folgende bedeutungsvolle Ausführungen zur Zeppelin-Spende:

„Wir haben die ganze Spende unter der stärksten Sabotage nicht so sehr des Reiches als der preußischen Regierung durchzuführen müssen. Stresemann hielt die Sammlung aus außenpolitischen Gründen anfangs nicht für opportun, doch scheint die Reichsregierung in neuester Zeit ihren Widerstand aufgeben zu wollen. Anfang November wurde sogar der Reichswehr, deren Musikkapellen sonst auf jeder Kirchweih spielen dürfen, verboten, an Veranstaltungen zu Gunsten der Spende mitzuwirken. Die preußische Regierung hat alle Straßen- und Hausfassungen zunächst unterlagert mit der Begründung, daß man in dieser Zeit der wirtschaftlichen Not zu keiner Sammlung aufrufen dürfe. Das schlimmste war, daß der preußische Kultusminister Sammlungen in den Schulen nicht zuließ. Dies mußte auch auf die Ministerien der anderen Staaten einwirken. Trotzdem hat man hier und da ein Auge zugeknippt, und es konnten Sammlungen der Schulkinder veranstaltet werden. Ich bin maßlos erstaunt, daß wir trotz alledem zu diesen Ergebnissen gelangt sind. Wir mußten selbst überall hinreisen und Organisationen in allen Städten aufziehen. Dies erforderte natürlich einen erheblichen Kostenaufwand, der aber nicht von der Spende getragen wurde. Diese Kosten habe ich getragen. Die ganzen Einnahmen aus meinen Vorträgen wurden reiflos dafür verwendet. Ich werde nunmehr öffentlich den Kampf gegen die preußischen Instanzen in Berlin aufnehmen.“

## Die Lage in China.

### Reformmaßnahmen der Peking Regierung.

Zu London, 30. Dez. Reuters meldet aus Peking, die Regierung hat neue Anordnungen getroffen, durch die die Bestimmungen über die Befugnisse der vorläufigen Regierung abgeändert werden und bestimmt wird, daß das Kabinett von nun an dem Volk verantwortlich sein und alle Reformen gemäß den Wünschen des Volkes durchführen soll. Zum Ministerpräsidenten ist Hsu Schih Ping ernannt worden.

### Zurückziehung des japanischen Bahnschubes.

Zu Berlin, 30. Dez. Nach einer Londoner Meldung haben die Japaner nach dem Siege Tschang Tso Lins einen Teil ihrer militärischen Vorbereitungen an der mandchurischen Eisenbahn wieder eingestellt. Die Verstärkungen werden zurückgezogen und das Gerüst, sich der Eisenbahn auf 6 Meilen zu nähern, wird aufgehoben.

### Tschang Tso Lin feiert seinen Sieg.

Zu Paris, 30. Dez. Die Peking Meldungen von der Hinrichtung Kuo Sung Lings und seiner Frau in Mulsen werden bestätigt. Die Untergeneräle Kuo Sung Lings sind während des Kampfes zwischen Tschang Tso Lin übergelassen, da sie fürchteten, bei ihrer Gefangennahme von dem als grausam bekannten Tschang Tso Lin hingerichtet zu werden. Der General läßt seinen Sieg und gleichzeitig die Geburt eines Sohnes feiern. Man schreibt den Sieg vor allem seiner guten Kavallerie und seinen Fliegern zu.

## Der Krieg in Marokko.

### Ein neuer Oberkommandant der französischen Truppen.

Zu Paris, 30. Dez. General Boidat, Kommandant des 19. Armeekorps in Algier, wurde zum Oberkommandierenden der französischen Truppen in Marokko an Stelle des Generals Nollet ernannt.

### Cunnings Pariser Mission gescheitert.

Zu Paris, 30. Dez. Der englische Hauptmann Cunnings, der seit länger als einer Woche als Unterhändler Abd el Krimis in Paris weilte, wird dieser Tage unverrichteter Dinge nach London weiterreisen. Briand hat nach dem gestrigen Ministerium im Gespräch mit Journalisten deutlich zu verstehen gegeben, daß es nicht seine Absicht sei, Hauptmann Cunnings zu empfangen, von dem man überhaupt, wie der Ministerpräsident wegworfend hinzufügte, viel zu viel Aufhebens mache. Am Quai d'Orsay wird erklärt, daß Hauptmann Cunnings brieflich davon in Kenntnis gesetzt werden würde, daß die französische Regierung es ablehne, mit ihm in Verbindung zu treten. Gleichzeitig wird das in Aussicht gestellte Communiqué an die Presse ausgegeben werden.

## Ueberschwemmungskatastrophen an der ungarisch-rumänischen Grenze

Zu Budapest, 31. Dez. Von der ungarisch-rumänischen Grenze wird eine fürchterliche Ueberschwemmungskatastrophe gemeldet. Am Weihnachtsabend traten die drei Körös-Flüsse aus ihren Ufern und Tags darauf durchbrachen auch die Flüsse Szamos und Margos an 7 Stellen die Uferdämme. Auf rumänischem Boden wurden 10, auf ungarischem 4 Gemeinden, sowie mehrere hundert Gehöfte überschwemmt. Ueber 200 000 Hektar Boden sind der Ueberschwemmung preisgegeben. Eine Anzahl Eisenbahnbrücken wurden vom Hochwasser zerstört. Aus den Garnisonen ist Militär nach dem Ueberschwemmungsgebiet entsandt worden.

Die fürchterliche Katastrophe auf dem ungarischen Gebiet ist vor allem dadurch hervorgerufen worden, daß die Rumänen an der Grenze zur Entlastung ihres Gebietes einen Damm durchbrachen und so das Hochwasser auf das ungarische Gebiet hinüberleiteten.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat die Save den Höchststand erreicht, sodas die Stadt in den tiefer gelegenen Teilen wieder Hochwasser bedroht. Mehrere Dörfer stehen unter Wasser. Die Theiß führt mächtige Eisblöcke, sodas Sprengungen vorgenommen werden mußten. Bei der Stadt Malevan lockerte sich infolge des Regens ein Felsen und stürzte auf den vorüberfahrenden Schnellzug. Die Lokomotive und zwei Wagen entgleisten, doch kamen Menschen nicht zu Schaden. — In Rumänien hat das Hochwasser ganze Dörfer zerstört. In Klausenburg stehen viele Häuser unter Wasser. Die Turbinen der Elektrizitätsanlagen wurden von den Eismassen begraben, sodas die Stadt ohne Beleuchtung ist. Auch Temesvar ist vom Hochwasser bedroht.

## Aus aller Welt.

### Mit dem Auto im Neckar ertrunken.

Bei Nacht ereignete sich auf der Ziegelhausener Landstraße bei Heidelberg ein schweres Unglück. Der praktische Arzt Dr. Vogel fuhr mit seiner Frau in einem Auto nach Ziegelhausen. Das Hochwasser des Neckars hatte die Straße bereits überschwemmt, sodas das Auto in die Fluten geriet. Während sich Dr. Vogel retten konnte, verlor das Auto mit der Frau und dem Führer. Beide sind ertrunken. Die Leichen und das Auto konnten noch nicht geborgen werden.

### Die Hochwassergefahr am Oberrhein beseitigt.

Das Hochwasser des Oberrheins steigt seit der vergangenen Nacht nicht mehr in dem Maße, wie in den beiden letzten Tagen, sodas die Hochwassergefahr vorläufig als beseitigt angesehen werden kann.

### Hochwasser auf der Weichsel.

Die Nebenflüsse der Weichsel führen durch die Schneeschmelze große Wassermengen der Weichsel zu, sodas Ueberschwemmungen zu befürchten sind. Es sind überall Vorkehrungen getroffen, um Hochwassererschäden nach Möglichkeit zu vermeiden.

### Ein ganzer Harem vergiftet.

Ahram Bey, einer der vornehmsten und reichsten türkischen Aristokraten, wollte trotz wiederholter Vorstellungen der Behörden, seinen Harem aufzulösen, diesem Befehl nicht Folge leisten. Am 25. Dezember legte Ahram Bey Galakleider an und verpackte alle ebenfalls festlich geschmückten Damen seines Harems um sich. Bei dem Diner schüttete er ein strenges orientalisches Gift in die Speisen. Am anderen Morgen wurden alle 36 Haremsdamen samt Ahram Bey tot aufgefunden.

### Zum Eisenbahnunglück bei Murcia.

Ueber die Eisenbahnkatastrophe bei Murcia wird jetzt noch bekannt, daß ein Güterzug, der nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden konnte, in die Trümmer des Schnellzuges, in dem sich die Reisenden nach Cartagena befanden, hineinfuhr. Der Lokomotivführer und der Heizer wurden getötet, der Begleitkassierer und 5 Passagiere des Güterzuges wurden schwer verletzt.

## Vom Württ. Landtag.

### Aus dem Finanzausschuß.

Im Stuttgart, 30. Dez. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses standen zunächst die Anträge der Abgeordneten Dr. Weiswänger und Genossen (WB) und Scheef und Gen. (Dem.) betreffend Durchführung der Sechstelung bei den höheren Lehrern und Forstbeamten, sowie bei den Bezirkschulräten zur Beratung. Finanzminister Dr. Dethinger wies darauf hin, daß mit einer neuen Besoldungsordnung zu rechnen sei und daß die Anträge auf Durchführung der Sechstelung daher zurückzustellen seien. Regierungsrat Rönzger vom Kultusministerium hielt die organisatorische Begründung für die Sechstelung bei den höheren Lehrern nicht für gegeben. Zur Zeit seien 90 Stellen in Gruppe 12 eingewiesen, d. h. ein Zehntel aller Stellen. Die volle Sechstelung würde 147 Stellen ausmachen. Der Mehraufwand würde etwa 80 000 Mark betragen. Mit allen Verwaltungen siehe das Kultusministerium auf dem Standpunkt, daß im Haushaltsplan 1926 aus Sparmaßregeln keinerlei Stellen gehoben werden können. Nach langer Aussprache kamen folgende Anträge zur Abstimmung: Ein Antrag Baumgärtner (WB): Der Landtag wolle beschließen, in Anbetracht unserer katastrophalen Wirtschaftslage Änderungen in den Einkunftsgruppen der Besoldungsordnung, die eine finanzielle Mehrbelastung für das Staatsjahr 1925 mit sich bringe, auch mit Rücksicht auf die in Aussicht stehende Veränderung der Besoldungsordnung des Reiches nicht vorzunehmen. Der Antrag wurde mit allen gegen drei Stimmen 1 WB., 2 Dem.) angenommen. Ein weiterer Antrag Dr. Wiber (WB): Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Mängel der Einstufungsverhältnisse der höheren Lehrer, der akademisch gebildeten Gewerbe- und Handelslehrer, der höheren Fachbeamten und der Bezirkschulräte, bei der Neuordnung der Reichsbesoldungsordnung behoben werden, wurde mit 8 Ja gegen 6 Enthaltungen angenommen. Für Enthaltung stimmten die Sozialdemokraten, die Abg. Baumgärtner und Dingler (WB.) und die Abg. Voß und Andre (J.). Die Anträge Scheef und Weiswänger, die die Durchführung der vollen Sechstelung für das Jahr 1926 vorsahen, wurden ebenfalls mit der gleichen Stimmenmehrheit angenommen (mit 9 Ja gegen 6 Enthaltungen). Ein Antrag des Zentrums, der dahin lautet: der Landtag wolle beschließen, im Haushaltsplan 1926 1. außer den bisherigen zwölf Stellen noch weitere 25 Stellen in Gruppe 12 für höhere Lehrer zu schaffen, 2. bei den höheren Forstbeamten und Bezirkschulräten entsprechend zu verfahren, gelangte ebenfalls zur Annahme. Ein Antrag Baumgärtner und Gen. (WB.) betr. Grundstücksverkehr im Bereich des Neckarkanals fand dadurch seine Erledigung, daß Minister Voß erklärte, daß das diesbezügliche Gesetz mit dem 31. Dezember 1925 außer Wirkung trete. Sodann wurde über einen Antrag Rath, betr. Aufhebung der Baustoffstelle eingehend verhandelt. Ein Antrag der Abg. Dr. Wiber, Dingler, Baumgärtner und Dr. Wolf (WB.) ging dahin: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Aufhebung der Baustoffstelle bei der Wohnungscreditanstalt alsbald in die Wege zu leiten. Nach längerer Debatte, an der sich Redner aller Parteien und Vertreter des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums wiederholt beteiligten, wurde dieser Antrag Dr. Wiber und Gen. abgelehnt mit 6 Nein, 2 Enthaltungen gegen 6 Ja. Der Antrag Rath, der eine baldige Prüfung der Aufhebung der Baustoffstelle vorsah, wurde dagegen mit 8 Ja gegen 4 Nein und 2 Enthaltungen angenommen.



